

# 57

## **Internationale Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen**

Beiträge des Trierer Kolloquiums Zukunft  
„Europa vor globalen Herausforderungen“

**Christoph Lammers/Andrea Hense (Hg.)**

Schriftenreihe des Zentrums für europäische Studien  
Band 57

**Inhalt**

Vorwort.....	1
Die Zukunft der internationalen Finanzbeziehungen (Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank).....	3
Coup d'Etat: Paper Tiger in the West – Fiery Dragon in the East (Prof. Dr. André Gunder Frank).....	18

# Vorwort

Interdisziplinäre Forschung steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt universitärer Arbeit. Fragen zur Globalisierung, sozialen Verantwortung und zu gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven werden je nach Perspektive unterschiedlich beantwortet und lassen sich daher nicht in einzelne wissenschaftliche Disziplinen eingrenzen. Die globalen Herausforderungen haben im 21. Jahrhundert keinesfalls abgenommen, ganz im Gegenteil. Die Analyse ökologischer und weltwirtschaftlicher Zusammenhänge sowie die Untersuchung sozialer Ungleichheit und die Bekämpfung von Armut und Kriegen - um nur einige zu nennen - sind Aufgaben, denen sich die Gesellschaft stellen und mit denen sich die Wissenschaft verantwortungsvoll beschäftigen muss.

WissenschaftlerInnen sind aufgefordert, aktuelle gesellschaftsrelevante Themen gemeinsam mit PolitikerInnen, Personen des öffentlichen Lebens und VertreterInnen von NGOs interdisziplinär zu diskutieren sowie Lösungsansätze zu erörtern. Das Zentrum für europäische Studien (ZeS) an der Universität Trier will dazu seinen Beitrag leisten.

Aus diesem Grund hat das ZeS die Studien- und Veranstaltungsreihe „Kolloquium Zukunft – Europa vor globalen Herausforderungen“ ins Leben gerufen, die jedes Sommersemester an der Universität Trier stattfindet. An acht aufeinander folgenden Abenden werden ReferentInnen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben eingeladen, um mit Studierenden aller Fachbereiche und den BürgerInnen der Stadt ihre Forschungsergebnisse, Meinungen und Ansätze zu diskutieren. Welche Herausforderungen erwarten uns? Wie kann die Zukunft gestaltet werden? Welche Lösungsmöglichkeiten können wir / müssen wir formulieren? Welche Rolle kommt Europa bei der Globalisierung zu? Dies sind nur ein paar Fragen, welche die ReferentInnen zu beantworten versuchen. Bei der Auswahl der ReferentInnen und Themen ist das ZES bestrebt, zum einen möglichst unterschiedliche Positionen zu Wort kommen zu lassen, und zum anderen aktuelle Themen und Entwicklungen aufzugreifen.

Diese vorliegenden Aufsätze zu internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen geben die Vorträge wieder, welche Prof. Dr. Norbert Walter und Prof. Dr. André Gunder Frank 2003 und 2004 im Rahmen des Kolloquiums Zukunft gehalten haben. Während Norbert Walter die Entwicklung der europäischen Finanzbeziehungen skizziert und kommentiert,

stellt André Gunder Frank seine Sicht der Weltwirtschaftsbeziehungen und der Rolle US-amerikanischer Politik dar.

Die HerausgeberInnen danken den Referenten für die freundliche Überlassung Ihrer Manuskripte und wollen mit der Veröffentlichung den Interessenten des Kolloquiums die Gelegenheit zur weiteren Diskussion der vorgetragenen Ansichten und Positionen geben. Die Veranstaltungsreihe wäre ohne die finanzielle Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz und der Jenny-Marx-Gesellschaft für politische Bildung e.V. nicht möglich gewesen.

Trier, im Herbst 2005

Andrea Hense / Christoph Lammers

# **Die Zukunft der internationalen Finanzbeziehungen**

Professor Dr. Norbert Walter

Vortrag am 10. Juli 2003 im Rahmen des Kolloquiums Zukunft:

Europa vor globalen Herausforderungen

Zur Person: Norbert Walter studierte Volkswirtschaftslehre an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/Main. Anschließend durchlief er verschiedene wissenschaftliche Stationen, unter anderem als Assistent am Weltwirtschaftsinstitut in Kiel und als John J. McCloy Distinguished Research Fellow am American Institute for Contemporary German Studies an der Johns Hopkins University, Washington D.C., USA. Seit 1990 ist er Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe sowie seit Juli 2000 Mitglied im Gremium der „Sieben Weisen“ zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte bei der EU-Kommission, Brüssel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Volkswirtschaft, Bankenwesen und Ressourcenökonomik.

Wo fange ich bei diesem Thema an? Vielleicht am besten mit einem Beispiel aus der Praxis der Gestaltung der internationalen Finanzbeziehungen. Auf der europäischen Ebene gibt es eine vom Europäischen Rat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ausgewählte Gruppe von Sachverständigen (Inter-institutional Monitoring Group, IIMG) deren Aufgabe es ist, zu analysieren, ob die Implementation des Lamfalussy-Prozesses gelingt und zur effektiven Integration des europäischen Finanzmarktes führt.

Das Urteil über diese Frage unterscheidet sich je nach Sichtweise und Rolle jener, die unterschiedliche Ansprüche und Verantwortlichkeiten im Bezug auf die Wertpapiermärkte haben. Emittenten wollen preiswerte und sichere Bedingungen vorfinden, um Kapital aufzunehmen; Anleger möchten Transparenz und Schutz vor Übervorteilung gesichert sehen; Finanzinstitute wollen nicht von bürokratischen Vorschriften behindert werden. Die Politik will – auf welcher Ebene eigentlich? – die Aufsicht führen, und die Parlamente, insbesondere

das europäische Parlament, wollen ihre demokratischen Kontrollrechte beim institutionellen Ansatz gesichert sehen.

Warum fange ich damit an? Ich habe bei der Arbeit in der IIMG gelernt, dass wir auf unserem Kontinent viel zu wenig Fachwissen in Fragen der Regulation von Finanzmärkten besitzen. Überall – bei den Banken, bei den Börsen, bei den Finanzministerien, in den Aufsichtsbehörden, bei den Emittenten, beim Verbraucherschutz für Finanzdienstleistungen und in den Parlamenten fehlen qualifizierte Kräfte und finanzielle Mittel, ja Aufmerksamkeit für dieses Thema. Bei einem Vergleich der Lehrpläne in meiner Studienzeit mit den heutigen gibt es keine großen Unterschiede, obwohl sich die Fragestellungen und die Anforderungen dramatisch geändert und internationalisiert haben. Geblieben ist der Schwerpunkt auf Nationalökonomie und Geldpolitik und Geldtheorie, wohingegen die Institutionenlehre – das Erkennen und Verstehen des Zusammenwirkens von ökonomischen Prinzipien und gesetzlichen Regelungen – vernachlässigt bleibt. Dass dabei die Zusammenarbeit von Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft gefordert ist, wird beiderseitig zumeist entschlossen ignoriert. An dieser Schnittstelle gibt es kaum Kompetenz und ebenso kaum Studenten, die dort Wissen erwerben. Entsprechend fehlen die Fachleute überall dort, wo sie heute gebraucht würden. Wir – in einem der fortschrittlichsten Industrieländer – sind wahrlich ein Entwicklungsland hinsichtlich der Fachkompetenz im Bereich Entwicklung der Finanzmärkte einschließlich ihrer Aufsicht. Ist es verständlich, dass Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Politik dieses Feld so stiefmütterlich behandeln? Nein, keinesfalls.

Wenden wir den Blick in die nicht so ferne Vergangenheit, zur deutschen Wiedervereinigung. Auf den ersten Blick scheint diese Erfahrung wenig mit den internationalen Finanzbeziehungen zu tun zu haben: Im Jahr 1990 haben die Bürger von Leipzig den Westdeutschen klar gemacht, dass Ost und West zusammen gehören und ein klug konzipiertes Grundgesetz sorgte dafür, dass nicht in einer Volksbefragung über die deutsche Einheit abgestimmt werden konnte. Nach dem Fall der Mauer wurde ziemlich schnell klar, dass es in Ostdeutschland einen Finanzmarkt nicht gab, sondern nur eine Art staatliche Kapitalsammelstelle mit Durchleitung der Ersparnisse zu politisch opportunen Finanzierungszwecken. Was macht man in einem solchen Fall, wenn man zwei so unterschiedliche Landesteile vereinigt, in denen der Finanzmarkt eines Teiles einen solchen Zustand hat? Aus Westdeutschland wurden 7.000 Bankmanager aus Sparkassen, Volks- und

Privatbanken nach Ostdeutschland geschickt, und dort haben diese in einer 10-jährigen Transformationszeit ein Banksystem aufgebaut, das mit Westdeutschland vergleichbare Dienstleistungen erbringt. Im Grunde wurde hier massenhaft mikroökonomische Patenschaftshilfe beim Aufbau eines Finanzsystems geleistet.

Wurde diese Erfahrung in Universität und Forschung über internationale Finanzbeziehungen rezipiert? Nein. An den Universitäten blieb und bleibt der makroökonomische Fokus dominant. In der Diskussion über die Entwicklung internationaler Finanzbeziehungen wird vor allem über den IWF (Internationaler Währungsfond), den Washingtoner Konsens und natürlich über die Weltbank gesprochen, und diese Institutionen werden als Hauptverantwortliche für Probleme der Finanzmarktentwicklungen, vor allem in den ärmeren Teilen dieser Welt, angesehen. Das Gewicht und die Leistungskraft von IWF und Weltbank in der Relation zu den von ihnen zu leistenden Aufgaben gehen oft völlig unter. In der Weltbank sind ungefähr 10.000 und im IWF sind etwa 2.600 Menschen beschäftigt. Angesichts der ihnen zugesprochenen Aufgaben der Finanzmarktentwicklung in einer Vielzahl von Ländern, wie Indonesien und China, und dem personellen Aufwand in Ostdeutschland im Hinterkopf, müsste freilich allen klar sein, was diese Institutionen in solchen Ländern mit ihrer „Mini-Ausstattung“ leisten können. Es ist schier unmöglich, dass diese Institutionen mit ihrer derzeitigen Ressourcenausstattung diese Aufgabe wirklich nachhaltig erfüllen können.

In der heutigen institutionellen Konfiguration haben wir für viele Aufgaben im Rahmen der internationalen Finanzbeziehungen keine angemessenen Antworten. Schlimmer noch – wir unternehmen auch keine Anstrengungen, die nötigen Ressourcen aufzubauen.

Es gilt sich vor Augen zu halten, welchen Einsatz die West-Deutschen für den Aufbau des Finanzmarkts in Ost-Deutschland gebracht haben. Nur durch eine solch intensive Hilfe können in relativ kurzer Zeit funktionsfähige Finanzsysteme in sich entwickelnden Ländern oder Transformationsländern entstehen. Die Alternative ist natürlich, dass man sich in Geduld übt und den Zeithorizont dramatisch verlängert. Ähnliche Ergebnisse können durch Hilfe zur Selbsthilfe – durch Unterstützung der Ausbildung der Menschen vor Ort – in einem ca. zwei Generationen dauernden Prozess auch erreicht werden.

Welche Kenntnisse muss man haben, was muss man verstehen, um einen Finanzsektor zu etablieren, der sowohl national als auch auf der Ebene internationaler Zusammenarbeit leistungsfähig sein soll? Was können die internationale Gemeinschaft und einzelne Volkswirtschaften in der Zwischenzeit machen, wenn der Prozess der organischen Entwicklung reifer Finanzmärkte zwei Generationen dauert? Ist die richtige Antwort hierauf sich - in der nicht gerade kurzen Zwischenzeit - von den internationalen Märkten abzuschotten?

Je tiefer man in dieses komplexe Thema einsteigt, desto mehr wird klar, dass in der wissenschaftlichen wie auch politischen Diskussion oft der makroökonomische Blickwinkel – Wechselkurse, Zahlungsbilanz- und Finanzierungssalden – sowohl des Staates als auch des Privatsektors dominiert. Auch über die Rolle und die Ausrichtung des IWF und der Weltbank wird viel gesprochen. Ihre Tätigkeiten haben sich im Verlauf der letzten Jahre etwas verändert: Die Trennschärfe zwischen kurzfristiger zahlungsbilanzorientierter Hilfe durch den IWF (der ursprünglichen Aufgabe des IWF) und strukturorientierter, eher infrastrukturell ausgerichteter Analyse, Begleitung und Unterstützung durch die Weltbank, wurde durch die verschiedenen Programme, wie etwa die HIPC Initiative (Heavily Indebted Poor Country) des IWF, die auf die Entschuldung sehr armer, hochverschuldeter Länder abzielt, etwas verwischt. Zu diesen Themen wird viel geforscht und ausgebildet. Trotz dieser Studien gibt es überraschend resistente Vorurteile über den IWF und die Weltbank. Was fehlt ist eine Auseinandersetzung mit und Forschung zu bzw. Ausbildung in mikroökonomischen, finanzwirtschaftlichen Themen. Das mikroökonomische Fundament wie die Ausgestaltung und das Zusammenspiel von Institutionen wird weiterhin vernachlässigt, obwohl es schon heute einen nicht zu übersehenden Bedarf an Fachkräften auf diesem Gebiet gibt.

Diese Ringvorlesung steht im Kontext Europas. Welche Rolle hat nun aber Europa in diesem Zusammenhang? Gibt es überhaupt schon *ein* Europa, das in Finanzmarktfragen sprechen kann und auch will? Das hört sich fast wie eine gotteslästernde Frage an, schließlich haben wir jetzt doch seit vier Jahren den Euro, unsere gemeinsame Währung. Damit ist offenkundig, dass die teilnehmenden Länder in einem wesentlichen Sachverhalt bereit waren, Souveränität auf die europäische Ebene zu delegieren. Diese Entscheidung hätte Konsequenzen für die internationale Vertretung von monetären Fragen auf der internationalen Ebene haben müssen, von denen weit und breit keine Spur zu sehen ist. Der Ist-Zustand ist ein anderer: Wenn man



beobachtet, wie sich Europa auf der internationalen Plattform darstellt, so hat man den Eindruck, dass die Schaffung der EZB (Europäische Zentralbank) an unserer Zersplittertheit nicht sehr viel geändert hat. In den internationalen Institutionen – dem IWF, der Weltbank und auch in Brüssel – tritt Europa weiter eher als Ansammlung von Zwergen als eine in sich geschlossene, selbstbewusste Entität auf: Europa ist weit davon entfernt, sich so darzustellen, wie es seinem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gewicht entspräche.

Die EZB, als Zeichen der tiefen europäischen Integration, existiert natürlich als Institution und hat die Nachfolge der nationalen Notenbanken in der Eurozone übernommen. Sie emittiert die zweitwichtigste Währung der Welt für eine Region mit dem zweitgrößten Bondmarkt der Welt. Das schnelle Wachstum und das Erlangen so großen internationalen Gewichts des Euroland-Bondmarkts ist den Franzosen zu verdanken. Sie pochten damals bei der Einführung des Euro als Buchwährung auf die sofortige Euro-Umstellung auch der Bestände aller gehandelten Wertpapiere. Nur so konnten die Märkte schon früh wichtige Benchmarkfunktionen für die Bondmärkte entstehen, die sich in Folge schnell zu reifen Märkten entwickelten. Seither hat der Prozess an den in Euro denominierten Bondmärkten überwältigend großes Interesse internationaler Investoren geweckt. Nicht zuletzt ist ein Grund dafür, dass die Euro-Anleihen durch die Standardisierung, die Volumina pro Einzelemission und mit US-Dollar Anleihen übliche Ausstattung, nicht mehr von den bedeutenden internationalen Anlegern – wie der Hong Kong Monetary Authority oder der Monetary Authority of Singapore oder großen Pensionsfonds in den Vereinigten Staaten – gemieden werden, wie das zuvor für die nationalen, europäischen Emissionen galt. Europa wurde somit im Devisenmarkt, im Bondmarkt und in den dazugehörigen Derivatemärkten durch die Etablierung der gemeinsamen Währung eine wirklich ernsthafte Konkurrenz zu den USA im internationalen Finanzmarkt. Das gleiche kann man leider nicht über die Entwicklung auf den Aktienmärkten sagen: Zum einen sind die Aktienmärkte der Euro-Länder relativ unterentwickelt, und zum anderen ist England, das einzige Land in Europa, das einen voll entwickelten, großen Aktienmarkt hat, nicht mit von der Partie beim Euro. Dies wird voraussichtlich trotz des außerordentlichen Engagements des Premiers in England noch eine Weile so bleiben, da die britischen Bürger ihn nicht unterstützen wollen. Hier zeigt sich die Gefahr plebiszitärerer Demokratiemodelle – eine Erfahrung, die wir Deutschen in der Weimarer Republik schmerzhaft gemacht haben: Die Verfasser des deutschen Grundgesetzes aus der Weimarer Zeit haben zurecht gelernt, dass es wahrscheinlich einer besonderen Reife der Bürger bedarf, bevor eine plebiszitäre Demokratie mit gutem Erfolg etabliert werden

kann. Die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Zustimmung bei einem Euro-Referendum gäbe, ist so gering, dass Tony Blair und seine Regierung ein Referendum nicht anberaumen werden.

Erst nach einer absoluten Erfolgsgeschichte des Euro und negativen Auswirkungen für Großbritannien weil Investitionen ihr Land wegen höherer Kosten – aufgrund des Nichtbeitritts zur Eurozone – umgehen, werden die Engländer sich anders besinnen. Ein Beitritt vor 2010 ist allerdings nicht realistisch. Doch wichtiger, als das Verhalten der Euro-Zögerer zu beurteilen, ist es, über die Rolle Europas in der internationalen Finanzordnung nachzudenken. Mit dem Euro ist ein wichtiger Schritt nach vorne im europäischen Integrationsprozess gemacht: Europas Rolle vergrößert sich mit der gemeinsamen Währung ebenso auf der Ebene der Finanzmärkte. Damit sind Möglichkeiten gegeben, ein wirklich gleichwertiger Partner der USA zu werden. Die Schnelligkeit dieses Prozesses mag allerdings durch den nicht in Aussicht stehenden – aber psychologisch wichtigen – Beitritt Großbritanniens gedrosselt werden. Zu bedenken ist – und dies wirkt positiv: Die Eurozone wird sich in diesem Jahrzehnt höchstwahrscheinlich noch um eine Reihe von Ländern aus Mittel- und Osteuropa erweitern, die im nächsten Jahr der Europäischen Union beitreten. Die Gemeinschaftswährung wird also höchstwahrscheinlich durch weitere Mitglieder an Gewicht gewinnen. Doch muss die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa im richtigen Licht gesehen werden: Für die Finanzmarktanalyse stellt diese Vergrößerung keine große Gewichtsverschiebung dar, da die Beitrittsländer nur 6% des europäischen Sozialprodukts ausmachen und im Bereich finanzmarktrelevanter Parameter derzeit nur ein Gewicht von 2-3% besitzen. Damit ist diese Staatengruppe natürlich eine quantitativ bedeutende Gruppe, aber nach ihrem Gewicht sind und bleiben sie auf absehbare Zeit für die europäischen Finanzmärkte eher eine Randerscheinung. Für die Entwicklung dieser Länder hingegen ist der Beitritt von großer Bedeutung: Neben einer Verbesserung der Allokationsfunktion der Finanzmärkte können sie auch vermehrt von einer intensiveren Einbindung in die europäische und auch internationale Arbeitsteilung profitieren.

Mit dem Thema monetärer Integration ist auch eines der wichtigsten Themen für internationale Finanzmärkte eng verbunden: das Wechselkurssystem. Europa hat sich – ohne dass es wirklich vielen bewusst geworden ist – in der Frage der internen Wechselkursentwicklung eigentlich ganz von der wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream-Position entfernt. Seit Mitte der 1970er Jahre ging Europa in Bezug auf sein

Wechselkursystem einen „anderen“ Weg – nämlich den der Wechselkursanbindung. Es stellte sich damit komplett gegen die vorherrschende wissenschaftliche Meinung; werden doch nach wie vor floatierende Wechselkurse als einzig angemessenes System in einer modernen Volkswirtschaft angesehen.

Und Europäer werden nach ihren Erfahrungen gefragt, nicht von allen, aber doch von einer sehr wichtigen, wachstumsstarken Region: Asien. Diese Region meldet verstärktes Interesse an den Erfahrungen der Europäer mit ihren Wechselkursregimen an und denkt über die Vergleichbarkeit beider Regionen nach. Asien – wenn auch hinsichtlich ökonomischer Indikatoren wie dem Pro-Kopf-Einkommen um einiges heterogener als Euroland – integriert sich immer stärker als Wirtschaftsraum. Der Handelsaustausch innerhalb der Region intensiviert sich zunehmend, und die Investitionstätigkeit konzentriert sich ebenso vor allem in der Nachbarschaft. So bleiben die Auslandsdirektinvestition der Chinesen und auch der Japaner oftmals in Asien. Trotz der zu beobachtenden wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung tut sich wenig im Bereich der Finanzmarktbindung und Wechselkursbeziehungen. In der ganzen Region dominiert die Anbindung an den Dollar. Damit wird klar, dass die oft in Dollar denominierten innerregionalen Transaktionen den Preisschwankungen des US Wechselkurses unterliegen, bzw. die heimischen Zentralbanken – um dies abzufangen – durch umfangreiche Interventionen ihre Währungen zum Dollar stabil halten müssen. Beide Aspekte sind alles andere als optimal für die asiatischen Volkswirtschaften. Es wird auch in Zukunft so bleiben, dass sich die amerikanische Politik, die natürlich eine Wirkung auf den Wechselkurs des Dollars hat, nicht an den Bedürfnissen und Interessen anderer Länder orientiert und somit auch die Wechselkursbewegungen oftmals alles andere als im Interesse der asiatischen Länder sind. Logische Konsequenz wäre demnach eine eigene Währungszone: Asian Monetary Union ante portas? Wenn auch dieses Szenario momentan noch sehr provokant und übereilig erscheinen mag, so beginnt sich doch seit einiger Zeit eine interessierte Forschungstätigkeit in Asien über die Frage des Wechselkursregimes zu entwickeln.

Welche Positionen gibt es grundsätzlich zum Thema Wechselkursregime? Neben der vorherrschenden Meinung an Universitäten, dass das richtige System ein flexibler Wechselkurs sei, kam in den 1990er Jahren in einigen, wenn auch nur wenigen Ländern, die Festanbindung der eigenen Währung an eine Ankerwährung (Currency Board) in Mode.

Currency Boards stellen gegenüber floatierenden Wechselkursen die andere „Ecklösung“ dar, da die heimische Währung unverrückbar an eine dominant führende Währung angebunden wird. Diese Ankerwährung war in Europa für einige Fälle, wie die Reststaaten Jugoslawiens, die DM, in Lateinamerika und zum Teil in Asien der Dollar. Das System der Currency Boards fand zeitweise auch wissenschaftliche Unterstützung (im Falle Argentiniens), doch heute wird ein solch starres System eher kritisch beurteilt. Argentinien hat das Experiment – 1 Dollar = 1 Peso – aufgegeben und litt in den letzten drei Jahren an den Nachwehen des Currency-Board-Experiments. Viele Deutsche, aber auch andere internationale Investoren, die sich zeitweise mit dem Kauf von Argentinienanleihen wegen der nominal hohen Renditen glücklich schätzten, geht es ebenso: Sie leiden noch weiter an den Nachwehen der Weigerung der Bedienung der Anleihen. Dass die hohen Renditen (solcher Entwicklungsländeranleihen) auch ein höheres Risiko bedeuteten, scheinen viele der Käufer ausgeblendet zu haben, denn unter den Betroffenen ist kaum jemand, der sich am Sekundärmarkt wenigstens die 35% gesichert hätte.

Bleibt also demnach nur die andere Ecklösung für Politikempfehlungen hinsichtlich des Wechselkursregimes? Das sehe ich nicht so: De facto existiert derzeit keine theoretisch fundierte Lehrmeinung, nach der man ein einziges Wechselkurssystem für uneingeschränkt gut halten und deswegen für alle Anwendungsfälle vertreten könnte. Es ist offenkundig schwer, in dieser ganz entscheidenden Frage für internationale Finanzbeziehungen eine kategorische Antwort zu geben. Eine tentative Antwort will ich freilich geben: Die fundamentalistische Behauptung, dass flexible Wechselkurse die überlegene Lösung darstellen, ist durch die letzten 30 Jahre nicht übermäßig überzeugend wissenschaftlich erhärtet worden. Zwischen Regionen, die vergleichsweise groß und stabil sind, so z.B. zwischen den USA, Europa und Japan, gab es regelmäßige Wechselkursschwankungen in der Größenordnung von +/- 30%, während sich deren Kosten- und Preisdivergenzen in den entsprechenden Zeiträumen nur etwa um 5% auseinander entwickelt haben. Die Fundamentaldaten machen nur 1/6 der Wechselkursabweichungen aus: Die residuale Abweichung in der Größenordnung von 5/6 kann nicht erklärt werden, und es steht noch aus, für sie einen fundamentalen Zusammenhang zu finden. Die Vermutung liegt nahe, dass aus solchen Wechselkurssystemen Obsoleszenz des Kapitals resultiert. Wenn Wechselkurse sich auf so dramatische Weise verschieben, folgt daraus, dass mehr investiert werden muss und wird – und vor allem immer wieder am falschen Platz. Doch möchte ich daraus abgeleitet nicht feste Wechselkurse als Ideallösung propagieren. Vielmehr hängt die Vorteilhaftigkeit

eines Wechselkursregimes ab von der Handelsabhängigkeit einzelner Länder, deren Durchdringung mit Auslandsdirektinvestitionen und deren Bereitschaft und Fähigkeit, eine an Kosten und Preisdisziplin orientierte Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

Überall dort, wo regionale Integrationsprozesse – intensivierter Handel und vermehrte Verflechtungen bei der Investitionstätigkeit – zu beobachten sind, wird es zunehmend zur Nachfrage nach einer gemeinsamen Währung oder aber zumindest nach einem gegen heftige Übertreibungen resistenteren Wechselkurssystem kommen. Es ist also zu vermuten, dass der seit Mitte der 1970-er Jahre auf den Weg gebrachte Prozess der Annäherung und Festigung von Wechselkursbeziehungen in Europa auch für andere Regionen mit ähnlichen wirtschaftspolitischen Konstellationen Modellcharakter haben könnte. Doch auch in Fällen, bei denen die ökonomischen Parameter eine solch tiefe Integration nicht ausschließen würden, ist eine gemeinsame Währung nur möglich, wenn dort ein Minimum an politischer Union gewollt ist. Ohne eine politische Union kann ein Binnenmarkt und eine Währungsunion nicht dauerhaft begründet werden! In diesem Bereich haben wir Europäer trotz der schon existierenden Währungsunion noch etwas nachzubessern: Während auf der einen Seite ein einheitlicher europäischer Finanzmarkt etabliert werden soll, sind die Anstrengungen eher gering, die steuerpolitischen Regelungen aufeinander abzustimmen. Weder im Bereich der Kapitalertragsbesteuerung – wo bis dato eine maximale Differenzierung vorherrscht – noch im Bereich der Bewertung – ob die Bemessungsgrundlagen für die Gewinn- und Verlustrechnung nach „market to market“ oder Niedersteuerwertprinzip durchzuführen sind – sind Konvergenzen festzustellen. Mit solch unzureichenden Anstrengungen kann man natürlich einen gemeinsamen Finanzmarkt nicht etablieren – hier bedarf es definitiv eines weiteren Sprunges. Aber nicht nur auf den genannten Gebieten gibt es Handlungsbedarf: Das gleiche gilt für die Aufsichtsräte und die Regulierungsinstitutionen. Hier muss es zu europäischer, wenn nicht internationaler Konvergenz kommen, denn immer häufiger gibt es Unternehmen, die länderübergreifend tätig sind. Und dann lautet die Frage, wer beaufsichtigt diese? Abgesehen von der ins Auge stechenden Ineffizienz einer gleichzeitigen Aufsicht durch drei – sich im Aufgabenspektrum gleichenden – Behörden ist die Gefahr groß, dass keine effektiv beaufsichtigt, und sich in misslichen Situationen auch niemand verantwortlich fühlt. Damit entstehen natürlich für ein Finanzsystem gravierende Probleme und Sicherheitsrisiken. Der Zusammenbruch der Philipp Holzmann GmbH war schon „Kanzlersache“, wenn aber ein bedeutendes Finanzhaus zusammenbricht, stehen wir wahrscheinlich vor einem unvergleichbar größeren Systemproblem. Deshalb sind dort

besonders kompetente – d.h. auch mindestens auf der Ebene des Informationsaustauschs international zusammenwachsende – Aufsichtsbehörden nötig. Die Frage ist aber, ob eine solche Koordination von sieben Feuerwehren in einer Krisensituation vertrauenswürdig ist? Das ist eher eine sehr praktische Frage und keine theoretische. Es ist unglücklicherweise zu befürchten, dass wir Europäer in diesem Fall eher nicht durch Einsicht, sondern nur pathologisch lernen. Das heißt, vermutlich werden in Europa erst durch das Erleben einer richtigen Kalamität wirklich europäische Aufsichtsbehörden etabliert. Das Zusammenführen der verschiedenen nationalen Kompetenzen auf eine europäische Aufsichtsbehörde ist derzeit aus mehreren Gründen höchst kompliziert. Überall in Europa verteidigen nationale und regionale Fürsten ihre kleinen Pfründe, was der Bildung einer europäischen Regulierungsbehörde natürlich entgegensteht. Doch nicht nur die subnationalen und nationalen Aufsichtsbehörden haben etwas dagegen, auch die ehemals nationalen Zentralbanken äußern Bedenken. Die Mitarbeiter dieser Ex-Notenbanken haben per definitionem einen Großteil ihrer Aufgaben schon durch die Schaffung der EZB verloren; geblieben ist eine Nebentätigkeit: die Bankenaufsicht. Nicht die Unabhängigkeit, die die Zentralbanken wegen der Geldpolitik haben, macht diese erforderlich – im Gegenteil: in dieser Funktion sind sie Zuarbeiter zum Finanzministerium, und die Bankenaufsicht ist nur ein Teil der Finanzmarktaufsicht, es fehlen Versicherungen und Aktienmärkte. Eine solche Zersplitterung ist in heutigen komplexen, mit Derivaten grenzüberschreitenden Transaktionen, nicht mehr vernünftig. Dies ist auch dem deutschen Finanzministerium klar geworden, und als Reaktion darauf wurde eine integrierte Institution gegründet – die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), unter deren Dach sich sowohl die Banken-, die Versicherungs- als auch die Wertpapieraufsicht befindet. Diese oft „Allfinanzaufsicht“ genannte Konfiguration ist sehr vernünftig, wenn auch noch im Entstehungsprozess und derzeit noch nicht mit der gewünschten Durchschlagkraft ausgestattet. Schon hier, im Nationalen, ist die „Verteidigung kleiner Fürstentümer“ zu beobachten: Die Bundesbank möchte gerne ihre Leute, die mit der Bankenaufsicht betraut sind, in dieser Funktion mit Sitz in Frankfurt am Main belassen. Die BaFin hingegen, aus politischen Gründen angesiedelt in Bonn, braucht fachverständige Mitarbeiter wie die der Bundesbank. Die „Umsiedlung“ der Mitarbeiter stößt auf deren Ablehnung, obwohl es klar ist, dass sie dort gebraucht werden. Hier wird offenkundig, wie schwer es schon auf deutscher Ebene ist, eine gute und vernünftige Lösung zustande zu bringen. Angesichts des europäischen Integrationsprozesses wäre es sinnvoll gewesen, gleich den großen Sprung zu machen, und eine solche Institution für ganz Europa/Euroland auf europäischer Ebene zu

gründen. Aber auch wenn das rein theoretisch die beste aller Möglichkeiten wäre – ein wirklicher Meilenstein in der Ausgestaltung internationaler Finanzbeziehungen – so machen doch die innerdeutschen Probleme klar, in wie weiter Ferne ein solcher Schritt liegt.

Der Weg, der beschritten werden müsste, ist jedoch klar: Erstens sollte die EZB, wenn irgend möglich, demnächst nicht nur die jetzigen 12 Länder vertreten. Anzustreben ist, neben den ost- und mitteleuropäischen Staaten, auch England mit an Bord zu haben. Zweitens ist eine extrem gute Koordination, intensiver gegenseitiger Informationsaustausch, wahrscheinlich aber am Ende eine gemeinsame Institution für Aufsicht und Regulierung unabdingbar. Diese sollte in Brüssel sitzen, um den Dialog mit den Entscheidungsträgern, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zu optimieren.

Wie sieht aber der europäische Ist-Zustand im Finanzsektor aus? Sind die Finanzinstitute Europas auf die europäische Dimension eingestellt? Verdienen die privaten Banken, die Versicherungen, und die europäischen Börsen das Attribut „europäisch“?

Die Antwort ist auch hier, wie im Falle der Regulierung, negativ: Nach wie vor ist die Finanzlandschaft zersplittert, und in Deutschland hat der staatlich geführte Finanzsektor darüber hinaus eine stark verzerrende und nationale segmentierende Wirkung. Über die Hälfte des Finanzsektors ist staatlich angebunden: die Sparkassen und die Landesbanken.

Wie im politischen Bereich kann Europa aber auch im Bereich der Entwicklung der Finanzmärkte und internationalen Finanzbeziehungen seine Kompetenz, sein Gewicht, aber auch seine Wünsche nur dann wirkungsvoll zur Geltung bringen, wenn es zu einer entsprechenden Bündelung der Kräfte kommt. Dies ist auch die Voraussetzung, um eine ernsthafte, mit den USA vergleichbare, Verhandlungsposition zu erreichen. Momentan sind die USA der maßgebende Faktor in Fragen der internationalen Finanzbeziehungen. Dort werden derzeit die Dinge gestaltet, sowohl im privatwirtschaftlichen – durch die amerikanischen Finanzinstitute unter Einschluss des New York Stock Exchange (NYSE) – als auch im öffentlichen Bereich, denn praktisch alle relevanten aufsichtsrechtlichen Regelungen und Gesetze werden durch die Securities and Exchange Commission (SEC) und den Kongress bestimmt.

Die USA sind in dieser Hinsicht ein natürlicher Monopolist; der Goliath in den internationalen Finanzbeziehungen. Für Europa ist es nicht sehr wegweisend, diese Dominanz fortwährend zu beklagen. Die Vorteile dieser Stärke für die USA sollten vielmehr Antriebsmotoren für Europa sein, besser zu werden. Die USA sprechen mit einer Stimme für einen großen Markt und glauben an ihre Konzepte – auch wenn sie Fehler aufdecken. Wenn Europa in den nächsten Jahren zu einem gleichwertigen Partner dieses „Goliaths“ werden möchte, sollte es seine Zersplitterung überwinden. Die Ausgangsposition ist nicht schlecht – Europa ist die einzige Region auf der Welt, die reale Chancen auf eine gleichwertige Rolle neben den USA auch in Finanzmarktfragen hat. Später mag auch Asien einen Führungsanspruch entwickeln können. Aber für die nächsten 20 Jahre ist das ein unrealistisches Konzept. In den nächsten 20 Jahren wird es entweder eine US-Dominanz in all diesen Fragen geben oder aber ein Aufwachen Europas.

Wozu wäre denn eine solche Kooperation inter pares sinnvoll? Wegen der starken Volatilitäten der Wechselkurse im heutigem System und der enormen Dominanz des Dollars würde sich Handlungsbedarf auf tun. Es ist nämlich höchst fraglich, ob – bei weiter wachsenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten – die momentane Dollar-Orientierung weiter Teile der Weltwirtschaft stabilitätsfördernd ist. Denn damit machen sich die betreffenden Regionen abhängig von der amerikanischen Politik, die getreu dem Ausspruch eines ehemaligen US Finanzministers „the Dollar is our currency and your problem“ keine Rücksicht darauf nimmt. Doch nicht nur die mit der Dollaranbindung verbundenen Schwierigkeiten, auch die Stabilität eines solch einseitigen Systems sind in der heutigen sich eng verflechtenden Weltwirtschaft fragwürdig. Natürlich ist auch eine Supermacht wie die USA nicht unabhängig von anderen Märkten. Selbst wenn die Wechselkursentwicklungen für Amerika in der ersten Runde günstig sind – eine Dollarabwertung unterstützt bspw. die US Export Industrie – kann sich die verschlechterte Lage der Haupthandelspartner der USA rückwirkend negativ – über vielfältige Kanäle wie sinkende Nachfrage und weniger Auslandsinvestitionen – auf die amerikanische Wirtschaft auswirken. Es wäre klug im wohlverstandenen Eigeninteresse der Vereinigten Staaten als Supermacht, wenn sie solche eventuelle Rückwirkungen bedenken würden und in ihre Überlegungen einbezögen.

Bei der Betrachtung der momentan anwachsenden Ungleichgewichte und des nicht völlig ausgeschlossenen Abwertungswettlaufs ist es durchaus vorstellbar, dass in Zukunft – ausgelöst durch die wissenschaftliche Debatte – die Wechselkursbeeinflussung durch



Zentralbank und/oder Finanzminister wieder eine größere Bedeutung, als in der derzeit herrschenden Lehre und Praxis, erlangen könnte. Das wäre ein wichtiger Punkt für die Ausgestaltung der Finanzbeziehungen unter den Industrieländern, zumindest für die Beziehungen zwischen Yen, Euro und Dollar.

Die Mehrheit der Staaten fällt aber in eine andere Kategorie: Sie sind Entwicklungsländer, rangierend von handlungsunfähigen, hoch verschuldeten und armen Staaten – vor allem in Afrika – bis hin zu kleinen, aufstrebenden Volkswirtschaften – vor allem in Asien. Es ist klar, dass die Beziehungen zu dieser heterogenen Ländergruppe nicht genauso wie zwischen den Industriestaaten organisiert werden können. Es gilt also zu fragen, wie man zwischen Ländern, die sich auf höchst unterschiedlichen Entwicklungsstufen befinden, Finanzmarktbeziehungen in einer solchen Weise organisiert, dass die Entwicklungsprozesse und damit die Vorteile für beide Seiten gefördert werden?

Es ist offenkundig, dass die für Industriestaaten als gut befundenen Konzepte nicht automatisch optimal für Länder auf einer anderen Entwicklungsstufe sind. Für ein Land wie China ist beispielsweise eine sofortige Einführung voller Konvertibilität der Währung – und zwar Konvertibilität nicht nur für die Leistungsbilanz, also für die Finanzierung von Handelsströmen, sondern auch für den Kapitalverkehr (einschließlich des kurzfristigen Kapitalverkehrs) – mit Risiken behaftet. Das sieht auf den ersten Blick so aus wie eine Blockade der marktwirtschaftlichen Kräfte, denn das Kapital wird gehindert „auf dem Markt zum besten Wirt zu finden“. Doch es gilt näher hinzusehen: Hereinkommendes Kapital würde in China im Inneren über einen vollkommen ineffizienten staatlichen Kreditallokationsmechanismus gelenkt werden. Ein funktionierender, die Allokationsziele erfüllender, reifer Finanzmarkt ist nicht existent. Doch gerade auf letzteren kommt es an, um Kapital „zum besten Wirt zu bringen“. Also ist zu befürchten, dass ungezügelter Kapitalzufluss unter den genannten Bedingungen hinterher zu großer Kapitalverschwendung führt. Dieses sind keine vorsichtigen Präventivsorgen, sondern sie basieren auf den Erfahrungswerten der letzten zwei Dekaden: Oft konnte man beobachten, dass Länder Kapitalzuflüsse zwar sehr begrüßten und damit gerne wirtschafteten, aber diese Mittel in häufig gänzlich ineffizienter Weise verwendet haben. Die Liste der Beispiele ist gerade im Bereich der Immobilienfinanzierung lang. In Thailand wurden Anfang der 1990er Jahre enorme Summen in Betongold verbaut, doch geschah und geschieht das auch in anderen Teilen der Welt. Ein Blick nach Dubai und auf das Volumen der dortigen Bauaktivitäten der

letzten drei Jahre lässt böse Ahnungen aufkommen, wo die nächste Investitionsruine entstehen könnte. Es muss nur im Verlauf der nächsten zehn Jahre zu einigen politischen Störungen in Saudi-Arabien kommen – keine unrealistische Hypothese in einem Land mit so vielen Thronanwärtern –, um die Vollausslastung der vielen Hotels und Bürogebäude in Dubai in Gefahr zu bringen. Ein anders Beispiel sind die Petronas Zwillingstürme in Kuala Lumpur, deren 70.000 Büros in der Mitte der Stadt ohne die Existenz von Massenverkehrsmitteln gebaut wurden. Dies musste zu dramatischen Verkehrsproblemen und folglich zu Enttäuschungen bei den Mieterträgen (z.T. in anderen Immobilien) führen. Die Liste solcher Kapitalverschwendungen ist leider – denn eigentlich können wir sie uns gar nicht leisten – viel länger.

Die Frage ist natürlich, wie internationale Finanzbeziehungen ausgestaltet sein müssen, um so etwas zu vermeiden?

Auf den ersten Blick scheint zumindest der erste Schritt klar zu sein: Dort wo kein vernünftiges Finanzsystem existiert, müssen mindestens zeitweise Kapitalimportbeschränkungen errichtet werden, um kurzfristige Kapitalströme in großem Umfang abzuwehren. Doch könnte es sein, dass gerade dadurch die alten Finanzmarktstrukturen geschützt werden und eine Entwicklung hin zu modernen Strukturen überhaupt nicht in Gang kommt. Es gilt also, bei der Formulierung von Handlungsempfehlungen, den Trade-Off zwischen verschiedenen Alternativen ernsthaft abzuwägen. Es geht also um einen differenzierteren Ansatz, der weder das eine – Kapitalverkehrskontrollen – noch das andere – totale Liberalisierung als Entwicklungsstrategie – als die richtige Strategie propagiert. Auch die Handlungsempfehlungen aus den 1980er und noch mehr aus den 1990er Jahren an die Emerging Markets und Entwicklungsländer sollten im Lichte der Währungskrisen in Asien und Lateinamerika eine Revaluierung erfahren. Es ist zu vermuten, dass es in der nächsten Zeit einen neuen Washington-Konsensus geben wird, der dies auch dokumentiert. Der Internationale Währungsfonds wird auch in solchen Fällen mit von der Partie sein und seine Unterstützung nicht abziehen, wenn ein Land bei der Einfuhr von kurzfristigem Kapital zeitweise Restriktionen beibehält oder einführt. Um ohne Risiken weltweit solche Schutzmaßnahmen abzuschaffen – weil sie nicht mehr benötigt werden – braucht diese Welt einen stärkeren Willen, sich die Entwicklung der Finanzsektoren in den Emerging Markets und den Entwicklungsländern – mehr als bisher – als wichtige Aufgabe auf die Fahne zu

schreiben. Für diese riesige Aufgabe reichen die Ressourcen der bestehenden Institutionen – IWF und Weltbank – aber bei weitem nicht aus.

Wie soll eine nachhaltige Hilfe beim Finanzmarktaufbau aussehen? Es ist notwendig, dass Fachkräfte aus unseren Breitengraden sich der Entwicklung von Finanzsystemen in sich entwickelnden Ländern annehmen. Leistungsfähige Finanzsysteme werden überall auf der Welt dringend gebraucht, um den freien internationalen Kapitalverkehr zügiger etablieren zu können, ohne negative Auswirkungen kurzfristiger Kapitalströme befürchten zu müssen. Mithilfe sollte es von den westlichen Gesellschaften insbesondere bei der Etablierung moderner Finanzsysteme – gemeint sind Banken, Versicherungen, aber eben auch von Wertpapiermärkten – geben. Oberstes Ziel muss es sein, diese Länder vor weiteren Jahrzehnten zu verschonen, in denen sie darauf angewiesen sind, ihre Entwicklung allein durch eigene Ersparnis und durch Auslandsdirektinvestitionen zu gestalten. Denn allein auf diese Mittel verwiesen, ist das Tempo und die Breite der Entwicklung natürlich begrenzt, und der Entwicklungsprozess wird verlangsamt. Neben dem „Export“ von Fachwissen, wäre es – wie am Beispiel von Ostdeutschland deutlich gemacht – optimal, wenn die Fachkräfte aus den Industrienationen auch eine längere Zeit als Helfer vor Ort beim Aufbau von Banken, Aufsichtsbehörden und Wertpapiermärkten verbringen würden. Es geht hierbei nicht um einen 2-Tage-Aufenthalt im Zielland der Hilfe, sondern nötig sind Menschen mit der Bereitschaft, längere Zeit – mehrere Jahre – in diesen Ländern in Forschung, in Administration und Wirtschaft tätig zu sein, um auf diese Weise an die Länder angepasste Ratschläge geben zu können. Diese Erkenntnis ist ein Erfahrungswert: Ohne wirkliches Kommitment über Jahre ist wirkliche Entwicklungshilfe nicht leistbar.

## **Coup d'Etat**

### **Paper Tiger in the West – Fiery Dragon in the East**

Professor Dr. André Gunder Frank

Vortrag am 08. Juli 2004 im Rahmen des Kolloquiums Zukunft:

Europa vor globalen Herausforderungen

Zur Person: Nach der Flucht aus Deutschland studierte André Gunder Frank Wirtschaftswissenschaften am Swarthmore College in Pennsylvania (USA). 1961 begab er sich nach einer Assistenzprofessur in Michigan auf Reisen durch Afrika und Lateinamerika. Er lehrte an der Universität Brasilia und in Mexiko. Ab 1968 veröffentlichte er viele Arbeiten über die „Entwicklung der Unterentwicklung“ in Chile und arbeitete später am Max-Planck-Institut in Starnberg. 1978 ging er als Professor ins englische Norwich, danach nach Amsterdam. Frank starb 2005 an einer Krebserkrankung.

#### **Abstract**

What is the basis and security of the United States position and power in the world? The answer is the twin pillars of the Dollar and the Pentagon. The dollar is a paper tiger – literally so, much more than when Mao applied this term to the US. The Pentagon's strength and mobility is dependent on the dollar, and in turn supports it. But the two supporting towers of the US are also its two Achilles heels. Through them, like the twin towers of the World Trade Center in New York, the entire US edifice can come crashing down in one morning – not by terrorism but through the operation of the world economy and the foolish policies of the United States government itself.

With the end of the cold war in 1989 and the subsequent decline of Russia as a serious immediate contender, as well as the decline during the 1990s of the hype of JAPAN AS # 1 [Vogel 1979] two other regions, states and powers came into contention. They

are the United States, whose fortunes and prospects seemed to have declined after 1970, but recovered in the 1990s; and yet it is a paper tiger. The other is the rising Fiery Chinese Dragon. In global terms, we could regard this as a process of continued shift of the world-center of gravity west-ward around the globe, from East Asia/China to Western Europe, then across the Atlantic to the United States, and there from the eastern to the western seaboard, and now onwards across the Pacific back to East Asia, as observed in my "Around the World in Eighty Years". Let us inquire further into the so far last part of this historical process.

## **Coup d' Etat in Washington**

Be wary of conspiracy theories, beware of real conspiracies, and be aware of a grab of power. It has happened in Washington and its instigators are pursuing a policy of fiats accomplish that attracts ever more people to jump on the band wagon. The Bush administration has made a real Coup d'Etat and achieved its apparently unknowing acceptance by America and the World. Even Hitler and Mussolini came to power by electoral routes and Stalin and Latin American dictators had to resort to violence to make their coups d'etat. Bush and his small coterie required none of these to get to the seat of power.

## **The Coup**

To begin with, Bush's accession to the Presidency was in violation to the Constitution. It is not that he received a minority of the popular vote, because the Constitution provides for the President's election by the Electoral College. But Bush received the Electoral College vote by fraud, for he lost the decisive popular and thereby electoral vote in Florida. His brother Jeb Bush as Governor of Florida with the help of Mrs Harris as Secretary of State [who it has been alleged without evidence was his lover, but who certainly herself declared that she expected high political favors for her actions] first deprived hundreds of thousands of black and presumably Democratic voters of the vote through incarceration, intimidation, and other means. The Republican Cuban Mafia sent its goon squads physically to prevent a recount in Broward County. Mrs. Harris did all she could, which was plenty, to interfere with

recounts in other counties in Florida. The alleged recounts that were made were a sham. They only recounted votes that were NOT counted in the first count by voters who had been unable to punch holes all the way through the voting cards without leaving the infamous hanging chads. Yet much more importantly one either before the decision or afterwards when the newspapers did it again, NO one ever recounted the votes that HAD been for the Democrats but were discounted because voter mistakenly also punched a second hole on a confusing ballot. Yet even the third and most conservative candidate Pat Buchanan declared publicly that these duplicate votes in heavily Jewish and Democratic counties were surely not for him but for the Democratic Party candidate. These votes [or even half of them if they had been allotted also to other candidates] would have given a decisive majority of the popular vote and therefore of the Electoral College votes in Florida to the Democrats. Yet they were never counted or recounted for the Democrats.

In the end Bush was not elected, but was selected in the Supreme Court by the decisive political swing vote of Justice Kennedy. The Supreme Court's appeal to the 14th amendment, which guarantees due process of Law to all, was ironically biased. For it was selectively applied without due process to squash the popular vote in Florida, but the same due process procedures were not applied to challenged votes in any other State. That in itself was already a *de facto* coup d'etat.

Then, several members of the House of Representatives called for a challenge of the Electoral College under Constitutional provisions that permit the Congress to do so if the challenge has the support of at least one member of both houses. Yet they were not joined by even a single Senator, who would have made the challenge legally effective. In other words, the Congress simply acquiesced to this power grab by the Bush administration through a Coup d'etat with the help of the Supreme Court but in clear violation to the Constitution.

That was the beginning of the violation of the Constitutional separation of powers and checks and balances. Since then, the Bush administration has carried these violations farther than any previous one in the history of the United States. Not even President Lincoln in the Civil War, nor President Roosevelt in the Second World War, nor his previous attempt to stack the Supreme Court, ever grabbed and concentrated as much

power for the executive branch while marginalizing the Legislative branch and the Judiciary.

Beware of Conspiracy Theories. But be aware that it was really Vice-President elect Dick Cheney who then put together the Bush Administration, selecting whom to place in which positions of power, especially in defense affairs. And beware of PNAC, the Project for a New American Century, which was already lobbying Washington with their plans for a “Pax Americana” in 1992, 1997, and 2000 among other notable dates. PNAC issued a long report in September of 2000 entitled “Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century”. Its statement of principles calls for a massive increase in military power, U.S. military domination of Eurasia to prevent the rise of hostile powers; and pre-emptive [not just preventive] military action against states suspected of developing weapons of mass destruction. PNAC's prescriptions have been converted into official US policy and praxis by the Bush Administration.

PNAC founding members and signatories of its statements include:

- Cheney himself,
- Lewis Libby, Cheney's top national security assistant and now the Vice-President's chief-of-staff,
- Donald Rumsfeld, also a founding member, now Secretary of Defense,
- Paul Wolfowitz [of Arabia], now Deputy Defense Secretary and arguably the groups ideologue,
- Eliot Abrams, pardoned by Bush Sr. in the Iran/Contra scandal and now member of the National Security Council,
- John Bolton, Undersecretary for Arms Control and International Security,
- Richard Perle, the most outspoken hawk in the Reagan administration who advocates dumping the United Nations, then chairman of the powerful Defense Policy Board, who was forced to resign one of his positions over a conflict of interest scandal,
- Randy Scheunemann, President of the Committee for the Liberation of Iraq, who was Trent Lott's national security aide and who served as an advisor to Rumsfeld on Iraq in 2001,

- Bruce Jackson, now Chairman of PNAC and former vice president of weapons manufacturer Lockheed-Martin who headed the Republican Party Platform subcommittee for National Security where he called for – as had Wolfowitz for some years – the removal of Saddam Hussein,
- William Kristol, noted conservative writer for the Weekly Standard, a magazine owned along with the most hawkish Fox News Network owned by Rupert Murdoch,
- Norman Podhoretz, editor of the right wing New Republic and
- others, like Norman Kaplan and Feith.

The core group of PNAC now holds the highest positions of policy making power in the Pentagon and much of it in the White House. They have also planted one of their group in the State Department to keep an eye and check on Colin Powell who is the only major foreign policy player who is not a member of this inner sanctum. An interesting sidelight is that Wolfowitz, Perle and Feith also went to Israel to serve as advisors to Prime Minister Ariel Sharon, for whom they drew up a battle plan against the Palestinians. Behind them lies the strange ideological bed-fellow political alliance of two of the most powerful lobbies in the United States: Organized Zionism and Christian Fundamentalism. For good measure, throw in the Cuban Mafia as well.

Another matter to consider is some of the connections of these same people with the private sector. Two examples should suffice to give a general idea. Cheney was chairman of Haliburton Inc., which in turn owns Brown & Root and other habitual contractors of the Defense Department for major construction and/or petroleum projects around the world. One of these companies was awarded a 1 Billion dollar contract to re-build the Iraqi oil fields in case they should be damaged in the war. Another, of which the now “Prime Minister” of Afghanistan was a director, is first in line to build the proposed oil and gas pipeline across Afghanistan from Central Asia to the Indian Ocean. The Bush family and George W. Bush himself have long standing business relations with the Carlyle Group, which also represents the Bin Laden family, including Osama, with whom they have also maintained direct relations.



The White House and the Executive Branch generally have made full use of its new power to serve its economic and political allies. Those who made the largest campaign contributions have been handsomely rewarded with government hand-outs and regulations, or rather de-regulation. The Bush administration has issued at least 200 separate executive orders to roll back regulations enacted by previous administrations, even Republican ones, to protect the environment and/or Public Health and Safety. Executive Order has received a whole new meaning: Special interests write an order that is passed to the President for his signature, whereby mostly without knowing what he is doing he converts it into an Executive Order.

The Pentagon has petitioned the White House to exempt it from existing environmental protection regulations that hamper their disposal of spent munitions and other hardware and thereby interfere with “national security”. The President deliberately appointed as Secretary of the Interior a person known for her ties to the timber and oil industries to whose exploitation she seeks to open thousands of acres of federally owned lands as well as the Alaska Wilderness for the construction of a new pipe-line – all in the interest of course of “national security”.

## **The Bill Of Rights and Constitution**

More serious still, the Bush administration has shredded the Bill of Rights, abrogated the Constitution, and even violates the age – old common law of Habeas Corpus, which prohibits the detention and holding of anybody against his will without due process of law. Elsewhere in the Executive Branch, President Bush appointed and lent full support to Attorney General John Ashcroft who was already known for his racist and authoritarian inclinations. Although many Senators had doubts about his appointment, the Senate ratified it anyway. Since then, Attorney General Ashcroft and his staff have converted several arms of the Department of Justice into those of a police state. The Executive has encouraged and permitted the Attorney General and the Department of Justice Judiciary Branch to violate the Bill of Rights and the Constitution on multiple counts. For instance, the US Government already claims the right to monitor all e-mail and to bug telephone conversations without specific judicial permission.

The Bush Administration brought Admiral Pointdexter back into government after his participation in the Iran-Contra Scandal and lying about it to Congress. His new mission is a project, called Total Information Awareness (TIA): to develop computers to monitor “vast quantities of data generated by US civilians in their daily lives: Academic transcripts, ATM receipts, prescription drugs, telephone calls, driving licenses, airline tickets, parking permits, mortgage payments, banking records, emails, website visits and credit card slips” [The Guardian November 23, 2002].

In critique of all this and the Patriot Act, only the lone voice in Congress of Representative Dennis J. Kucinich (D-Ohio) has asked "How can we justify in effect canceling

- the First Amendment and the right of free speech, the right to peaceably assemble?
- the Fourth Amendment, probable cause, the prohibitions against unreasonable search and seizure?
- the Fifth Amendment, nullifying due process, and allowing for indefinite incarceration without a trial?
- the Sixth Amendment, the right to prompt and public trial?
- the Eighth Amendment, which protects against cruel and unusual punishment?

## **And Justice for all?**

The Constitution makes all the rights it guarantees extensive to anybody in the US, but the Attorney General has declared that non- citizens are not worthy of protection by the Constitution. We do not know yet how much of a loss that is because the Department of Justice and its Immigration and Naturalization Service [INS] have also taken it upon themselves also to divest naturalized and even native-born American Citizens of their citizenship, again in clear violation of the Constitution. And even those who remain citizens are under constant threat to have their rights violated without due process under the fourteenth amendment, or to be detained in violation of Habeas Corpus. They are denied representation by legal counsel and trial in civil courts, as provided for by the Constitution. In particular, hundreds of thousands of American residents and Citizens of Arab descent or even of features that appear to

individual agents of the Department of Justice or the police's racial profiling as perhaps being Arab, or Muslim, or who knows what else have been called in for questioning. When they appeared in Los Angeles, they were detained without charge. They now live in constant fear of the infamous knock on the door at 3AM that was made infamous by Hitler's Gestapo and Stalin's GPU. That is so if they are even favored by a knock on the door before a blast of gunfire of shooting first and asking questions later.

So far as we know of over 700 people who have remained in detention since September 2001; though there may be many more, since nobody knows or says where they are, or who they are, or what they are accused of. Indeed, only a dozen of these have ever been charged with anything. The others remain out of sight and out of mind except for their families who are not allowed even to secure legal representation for them. So do the innocent Afghani prisoners the US keeps in Guantanamo and the countless ones still detained under horrible conditions in Afghanistan. How come there is no public outcry about any of these?

On the other hand, the same Executive Branch has divested the Judiciary of powers and the citizenry of judicial protection by illegally transferring powers of the Judiciary to itself. Perhaps only the most visible tip of the iceberg of this process is the Bush Administration and Pentagon declaration that it will bring normally civil suits before military tribunals that operate under rules of court marshal and other procedures of Military "Justice" that can order death sentences without appeal. Moreover, the accused do not know whereof, cannot chose legal counsel, and their conversation with whom can be overheard by the authorities. The prestigious very conservative publicist William Saffire refers to them as "kangaroo courts" and observes that "no longer does the judicial branch and an independent jury stand between the government and the accused. In lieu of those checks and balances central to our legal system, non-citizens face an executive that is now investigator, prosecutor, judge, jury and jailer or executioner." In an Orwellian twist, Bush's order calls this Soviet-style abomination "a full and fair trial."

## **The Land of the free?**

John Ashcroft has also issued instructions to the Department of Justice to resist as far as possible the delivery of documents under the Freedom of Information Act. And the Executive itself has severely restricted the kind and number of documents of its own that it is prepared to make public. In other words, transparency and therefore control or even critique of the ever widening powers and their use by the Executive Branch is itself being severely restricted. On the other hand, the Executive Branch has multiplied its own access to information. During the congressional debate on John Ashcroft's USA Patriot Act, an American Civil Liberties Union fact sheet on the bill's assaults on the Bill of Rights revealed that Section 215 of the act "would grant FBI agents across the country breathtaking authority to obtain an order from the FISA [Foreign Intelligence Surveillance Act] court requiring any person or business to produce any books, records, documents, or items." That includes bookstores and public libraries being obliged to divulge who is reading what. This is now the law.

Alas, the Congress has been intimidated into passive acceptance of virtually everything and anything the Executive proposes and demands. It passed the Patriot Act that severely restricts civil liberties virtually without reading it. The proposed Patriot Act # 2 has not even been submitted to the Congress for study and yet the version leaked by the Press suggests that it proposes even more of a police state than the first one. When the Leader of the Democratic Majority in the Senate voiced only the mildest doubts about Bush's military moves, he was immediately reprimanded by his Republican Majority Leader counterpart Lott, for "how dare he criticize the President in time of war!" Both have been forced to resign since then, but for scandals unconnected to that one.

Moreover, the Executive has been more than secretive about the events and circumstances of September 11th 2001; and the Congress has not launched any serious inquiry of its own. Neither have the Media. There has not even been any public inquiry or disclosure into the failure of the Air Force or National Guard to scramble fighter aircraft to investigate the airliners that had clearly gone off course. That is every day routine standard operating procedure, but it was called off or at least

not enacted during the 90 minutes that elapsed between the crash into the first World Trade Tower and the one into the Pentagon – that is IF the Pentagon was damaged by an aircraft which has been seriously questioned if only because no evidence has ever been made public for such an event. Nor has the government given any account of its receipt and disregard of multiple forewarnings from intelligence agencies among its allies in Pakistan, Russia, Germany, France and Israel. In other words, the very circumstances that allegedly require all these domestic and foreign responses by the Bush Administration are themselves wrapped in a shroud of self-imposed secrecy.

The violation of the Constitutional provisions for the separation of powers is particularly flagrant regarding the powers reserved to the Legislative Branch of the Congress and the Constitutional prohibition against military action in domestic civil affairs. Bush also disregards the Constitutional provision that only Congress may declare war, and it violates the 1976 War Powers act that Congress passed to regulate that Constitutional provision after it had been grossly violated in the Vietnam War. The Bush administration has de facto – also abrogated the 1878 Posse Comitatus Act that prohibits military participation in the enforcement of civil law, and it violates the general Constitutional provision against the military action in domestic affairs. Instead, the Bush Administration has visibly mobilized the Armed Forces and National Guard around all US airports and elsewhere, and the Pentagon is drawing up plans for its intervention in endless domestic affairs. It stands to reason that the machine gun toting military presence in the passenger areas of airports has not added one iota to security but serves only to terrorize the public into blind and passive acceptance of the violation of their civil rights there and elsewhere. Even the government has stated repeatedly that any other terrorist attack on the US is not likely to copy that of September 11th 2001 but to take totally different forms against which this military presence would offer no defense. Indeed, it would not have prevented that of September 11th either. The pretext that the country is at war is being used as cover for US government terror of its own at home and abroad; and the country is being militarized as never before, not even in war time.

The Pentagon is extending its actions in American Civil Affairs ever more, also by establishing a new office of Under Secretary of Defense for Homeland Security, which then created a northern command to coordinate military response to domestic

threats. The Pentagon also has a new Under Secretary for Intelligence, Stephen Cambone, who said the existing agencies will continue with their work but that his unit will ensure that they are meeting the intelligence needs and priorities laid out by the Pentagon, also at home. [Boston Globe June 8, 2003]

## **Pax Americana**

The Pentagon is also expanding into previously unimagined places and roles overseas. There are now well over 100 US military bases around the world and current US military operations in Iraq, Afghanistan, the Horn of Africa, Colombia, the former Yugoslavia, South Korea, the Philippines, and former Soviet states such as Georgia. The latest details, disclosed by the Wall Street Journal on June 10th, include plans to increase U.S. forces in Djibouti on the Horn of Africa across the Red Sea from Yemen, setting up semi-permanent "forward bases" in Algeria, Morocco, and possibly Tunisia, and smaller facilities in Senegal, Ghana, and Mali that could be used to intervene in oil-rich West African countries, particularly Nigeria. Similar bases – or what some call lily pads – are now being sought or expanded in northern Australia, Thailand, Singapore, the Philippines, Kenya, Georgia, Azerbaijan, throughout Central Asia, Poland, Romania, Bulgaria, Qatar, even Vietnam, and Iraq. The new republics in former Soviet Central Asia and the former Soviet satellite states in Eastern Europe are particularly strong magnets for U.S. military presence, and a glance at the map will show that the US is systematically encircling China. Moreover, the Pentagon military missions are marginalizing the State Department diplomatic ones, with the senior military officer having more resources and greater influence than the US ambassador [Boston Globe, June 8 2003].

Even so, the Associated Press reports on February 24 that “senior U.S. officials have been quietly dispatched in recent days to the capitals of key Security Council countries where they are warning leaders to vote with the United States on Iraq or risk "paying a heavy price.” Although this kind of blackmail has been SOP in all American administrations, the Bush Administration has carried the threat and practice to previously unheard of new heights. As President Bush declared in his State of the

Union address “Those who are not with us, are against us” – and will pay a heavy price.

“We are in the process of taking a fundamental look at our military posture worldwide, including in the United States”, said Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz on a recent visit to Singapore, where he met with military chiefs and defense ministers from throughout East Asia about U.S. plans there. “We're facing a very different threat than any one we've faced historically.” But recall that this is the same Wolfowitz of Arabia talking who drew up his and PNAC's plans to face this different threat already in his memos of 1992, 1997 and 2000.

## **The Law of the West**

The Bush administration has also set aside centuries of International law. It wages illegal war, prohibited by numerous international treaties and by the United Nations Charter. Indeed it makes war without even declaring it, which even Hitler took the trouble to do. The US armed forces want only violate Geneva conventions of crimes against humanity, genocide, weapons of mass destruction such as depleted uranium, cluster bombs, massive “Daisy Cutter” bombs, destruction of civilian facilities to provide as power, water, and sanitation, and even neutral international waterways as when it deliberately blocked shipping on the Danube.

The Bush Administration [though Presidents Clinton and Bush Sr. also already earlier] have completely emasculated the United Nations instruments and procedures set up by the US and its allies after World War II to preserve the peace. Bush even had the gall to go to the UN and charge it with dereliction of duty and of its reputation by failing to give its stamp of approval for his War against Iraq – when the clear duty of the UN and especially of its Security Council is not to make war but to keep the peace. His government and his lackey press mislead the public into believing that a Security Council resolution could legalize his war. The fact is that even with an SC resolution, his father's War against Iraq in 1991 was in clear violation of Articles 2, 27, 41, 42, 43 and 53 of the UN Charter, among others. The failure of the NATO states even to consult the UN before going to War against Yugoslavia and as did

President Clinton and NATO, and then present President to wage War against Afghanistan without the slightest provocation from its government, and then to make War on Iraq in clear violation of the expressed desires of the UN membership only illustrate the total abandonment of the UN as an institution and instrument for peace. On the contrary, after the US bombs a country into shambles, it then goes to the UN to ask it to pick up the pieces, or in plain English allegedly to legitimize the US military occupation of the country it had just destroyed. But not only that, violation of international law also constitutes ipso facto violation of national law, because Senate ratification of an international treaty converts it into US law as well. Moreover, domestic democracy has been sacrificed to waging international war as well, as when NATO did so against Yugoslavia without even a single member country government troubling itself to ask its parliament or Congress for authorization to do so.

In a word, the US has replaced existing International law by new Law IN the West on the model of its own old Law of the West. Then in the 19<sup>th</sup> century, vigilante lynch mobs formed ad hoc possess to go hang whomever they wanted; and now the US is imposing this Vigilante “Law” on the rest of the world by force. And as the vigilantes bought off or terrorized the sheriff and the judge to “legitimize” themselves, so is the US doing the same world wide in the real world as though in both instances following the scripts of fictitious Spaghetti Western films.

## **The Media**

And what about the Fourth Estate, the Media? They are strictly the mouthpiece of the Administration. Note their behavior at White House, State Department, or Pentagon news conferences. All their questions are limited to technicalities about the implementation of Administration policies that are themselves accepted *carte blanche*. Never ever has any representative of the media posed a question that challenges the basis of the official policy in even the most timid way. Indeed, not only what the press says or does not say reflects the policy and press – releases of the Administration. The very Media selection of what is or is not “news”, e.g on the 630 Evening News of ABC, NBC, CBS, CNN, Fox, and shame on PPS for carrying the just as bad Jim Lehrer News Hour, is a simple reflection of what the White House or the State



Department have declared to be “news” that morning. No matter how world shaking an event, if it has not shaken the piper, it does not merit mention by the media. But whatever the White House or the State Department declares to be news IS news.

Their pieces in the press are little better. In a survey of op-eds in the Washington Post over four months, Russell Mokhiber and Robert Weissman found twice as many columns for as against the war, and in February 2003 the count was 24 in favor and 10 against, while the Post itself brought 9 editorials of its own to support the war. And that was regarding a war that had the highest popular opposition ever. The TV and radio talk shows are even more dominated by defenders of Administration policy. No matter that the Administration cooks, blends, massages and even simply invents the news; as is finally emerging regarding the non-existent weapons of mass destruction, which were the alleged reason for waging War against Iraq.

### **The Home of the Brave from 1984 to 2003**

George Orwell would have to regard his dire predictions of Big Brother for 1984 as a benign Alice in a charming Wonderland version of Animal Farm compared to the 2003 Bush and Ashcroft reality of double-think and new-speak in which however some are no longer equal than others, either at home or abroad, but still WAR IS PEACE – really – the President said so.

But the capacity of the United States to rule the world is more than questionable, especially after its 2003 debacle in Iraq.

### **Paper Tiger – The United States in the World**

The US still has the world's largest economy, which saw boom times during much of the 1990s, and it has unrivalled military power exceeding the total of the next dozen or more military powers combined. Moreover, the present Bush administration makes use of both of them in unilateral policies to impose its will on the rest of the world, friend and foe alike, to all of which Bush threw down the gauntlet of “you are either with us or against us.” This means you do as we say, and against means you are under

threat to be destroyed economically and politically, as well as militarily if we wish. In case there be any doubt about our intentions and capabilities, Russia and Argentina are prime examples on the economic front as are Iraq through the boycott, Serbia and Afghanistan are so on the military front as well. The latter – but really both – are what President Bush father called THE NEW WORLD ORDER when he bombed Iraq in 1991. I termed it THIRD WORLD WAR in two senses, one that it takes place in THE THIRD WORLD and secondly that this war against the Third World constitutes a THIRD World War [Frank 1991].

The prosperity and welfare of the American people rests primarily on its position in the world today as Britain's did in the nineteenth century. That observation is fundamentally different from the political and media hype about the sources of American exceptionalism that are supposedly in its genius, morality, productivity, and other characteristics that allegedly differentiate America from the rest of the world. On the contrary, America rests on two – maybe three pillars:

1. The DOLLAR as the world currency whose monopoly privilege the US has to print at will, and
2. The PENTAGON with its unrivalled military capacities.
3. A third pillar perhaps is the government, educational and media fed IDEOLOGY that obscures these simple facts from public view. Moreover each supports the other: It costs dollars to maintain the Pentagon, its bases in 80 countries around the world, and the deployment of its military forces around the globe. Military expenditures are the prime causes of the twin American deficits, in the federal budget and in the balance of trade. Conversely, Pentagon strength helps sustain global confidence in the dollar.

But this same mutual reliance for strength therefore also constitutes two mutually related American Achilles heels. The dollar is literally a Paper Tiger in that it is printed on paper whose value is based only on its acceptance and confidence in the same around the world. That confidence can decline or be withdrawn altogether almost from one day to the next and cause the dollar to lose half or more of its value. Apart from cutting American consumption and investment as well as dollar-denominated wealth, any decline in the value of the dollar would also compromise US

ability to maintain and deploy its military apparatus. Conversely, any military disaster would weaken confidence in and thereby the value of the dollar. Indeed, at the 2003 World Economic Forum in Davos, the assembled world political and business elites expressed very serious fears that the mere deployment of the US military, e.g. against Iraq, would bring on a world depression. TIME Magazine this week reports on a comprehensive study of the US airline industry, which concludes that a war against Iraq would drive half of it into immediate bankruptcy. If so, what of still weaker non-American airlines? The insecurity that comes with military saber rattling and threats undermine confidence in the dollar and put brakes on investment. And no amount of ideology is sufficient completely to obscure that economic situation.

In fact, the world already is in depression, from which so far only the United States is substantially, and Canada and Western Europe partially exempt. And the latter is so, because of the privileged position of especially the American economy within the global one, from whose misfortune Americans have been deriving the benefits of that position, which to repeat is essentially derived from the privilege of printing the world currency with which Americans can first buy up the production of the rest of the world at depressed deflationary prices and then have the same dollars be returned from abroad to be invested in Wall Street and US Treasury certificates for safe-keeping and/or higher earnings than are available elsewhere.

In the mid 1980s James Tobin [the inventor of the Tobin tax on financial transactions] and I were to my knowledge the only ones already to published predictions of deflation as the coming world economic danger. Economic policy makers however ignored these warnings and this risk [not really risk, but necessary consequence] while continuing their policies designed to fight in-fla-tion. Nonetheless, since then commodity prices have fallen sharply and consistently and more recently industrial prices have fallen as well. Moreover in WORLD economic terms, high inflation in terms of their national currencies [pesos, rubles etc.] and their sharp DEVALUATION against the DOLLAR world currency has been an effective de facto major de-fla-tion in the rest of the world. That has reduced their prices and made their exports cheaper to those who buy their currencies with dollars, primarily of course consumers, producers and investors in, and from, the United States. These additionally, which is hardly ever mentioned, can and do buy up the rest of the world

with dollars that “cost” only their printing and distribution, which for Americans have virtually no cost. [The \$ 100 dollar bill is the world's most used cash currency on which runs the entire Russian economy, and there are two to now three times as many of them circulating outside as inside the US]. The American boom and welfare and then “balanced” federal budget 1992-2000 Clinton administration, contrary to its populist claims, only happened to coincide with this boom. The also same 8 year long prosperity of the United States was entirely built on the backs of the terrible depression, deflation and thus generated marked increase in poverty in the rest of the world. During this one decade, production declined by over half in Russia and Eastern Europe and life expectancy in Russia declined by 10 years, infant mortality, drunkenness, crime and suicide increased as never before in peacetime. Since 1997, income in Indonesia declined by half and generated its ongoing political crisis. That is dissipation of entropy generated in the US and its export abroad to those who are obliged to absorb it in ever greater disorder. It would be difficult to find better examples – except the destruction of the entire society in Argentina, Rwanda, Congo, Sierra Leone, previously prosperous and stable Ivory Coast – not to mention the countries that have been visited by destruction through American military power.

All this has among others the following consequences: in the US. It can export inflation that would otherwise be generated by this high supply of currency at home, whose low rate of inflation in the 1990s was therefore no miracle result of domestic “appropriate” Fed monetary policy. The US has been able to cover its twin balance of trade and budget deficits with cheap money and goods from abroad. The US trade deficit is now running at approximately 400 billion dollars a year and still growing. Of that, 100 billion are covered by Japanese investment of their own savings in the US that saves nothing and which the Japanese may soon have to repatriate to manage their own banking and economic crisis – especially if an American war against Iraq causes a n even temporary spike the price of oil on whose import Japan is so dependent. Another \$ 100 billion comes from Europe in the form of various kinds of investment, including direct real investment, which could dry up as the European recession continues, the Europeans become exasperated with American policy, or they have any number of other reasons to reduce their dollar reserves and put them into their own Euro currency instead. A third 100 billion is supplied by China, which first sells the US its cheap manufactures for dollars and then accumulates those dollars as

foreign exchange reserves – thus in effect giving away its poor producers' goods to rich Americans. China does this to keep its exports flowing and its industries going, but if it decided to devote these goods to expanding its own internal market more, its people would gain in income and wealth, and the United States would be out of luck. The remaining \$ 100 billion of deficit are covered by other capital flows, including debt service from the poor Latin Americans and Africans who have paid off the principal of their debts already several times over and yet keep increasing the total amount owed by rolling it over at higher rates of interest. The idea of declaring US chapter 11 or 9 type insolvency is however finally catching on.

Thus, deflation/devaluation elsewhere in the world has like a magnet attracted speculative financial capital from the rest of the world – both American owned and foreign owned – into US Treasury certificates [stopping up the US budget deficit] and into Wall Street. That is what fed and supported its 1990s bull market, which in turn has increased, supported and spread wider a speculative and illusory increase in wealth for American and other stock holders and through this also illusory “wealth effect” has supported higher consumption and investment. The subsequent and present bear market decline in stock prices nonetheless is still a profit boon for enterprises that issued and sold their stocks at bull market high and rising stock prices. For they are now buying back their OWN stocks at what for them are bargain basement low prices, which represent an enormous profit for them at the expense of small stock holders who are now selling these stocks at low and declining prices. The US “prosperity” now rests on the knife edge also of an unstable enormous domestic corporate and consumer [credit card, mortgage and other] debt.

Moreover, the US is also vastly over-indebted to foreign owners of US Treasury certificates, Wall Street stock and other assets, which can be called in by foreign central banks who have been keeping reserves in US dollars and other foreign owners of US debt. Indeed, it is the very US policy that has contributed so much to destabilization elsewhere in the world [e.g. through the destabilization of Southeast Asia that undermined the Japanese economy and financial system even more than it would otherwise have been] that now threatens and now soon makes much more likely that especially Japanese and European holders of US debt must cash it in to shore up their own ever more unstable instable economic and financial systems. The

liabilities of the US to foreigners now equal two thirds of annual US GNP – and therefore can and will never be paid off. However any hick in rolling this debt over and over, can result in foreign attempts to get out as much money as they can – resulting in a crash of the dollar.

Another major consequence is that the US and the world economy is now in a bind from which it most probably can not extricate itself by resorting to Keynesian pump priming and much less to full scale macro-economic policy and support of the US and Western/Japanese economy, as the Carter and Reagan administrations did. Military Keynesianism, disguised as Friedman/Volker Monetarism and Laffer Curve Supply-Sideism, was begun by Carter in 1977 and put into high gear in 1979, when Carter the Fed was run by Carter appointee Paul Volker, who in October 1979 switched Fed monetary policy from high money creation / low interest price thereof to attempted low money creation / high interest [to 20 percent monetary!] to rescue the dollar from its 1970s tumble and attract foreign capital to the poor US. At the same time, Carter began Military Keynesianism in June 1979, which was then escalated further by President Reagan. In that they then succeeded.

It is highly unlikely however those analogous policies could succeed again now. The US would need to invoke the same re-flationary policy again for itself and its allies, now. but it can not do so! The Fed has already lowered the interest rate so far that it cannot go much lower and is not likely to stimulate investment by doing so. On the other hand, raising the interest rate to continue to attract funds from abroad would risk choking off all domestic investment and working capital. Brazil tried that, admittedly with extravagant monetary interest rates at 60 percent to attract foreign capital, and ruined its domestic economy.

The US may – should or must – now attempt a repeat performance of the 1980s to spend itself and its allies [now minus Japan but plus Russia?] out of the present and much deeper world recession and threatening globe encompassing depression. The US would then again have to resort to massive Keynesian deficit [using September 11 as a pretext for probably military] re-flationary spending as the locomotive to pull the rest of the world out of its economic dole drums. However, the US is already the

world consumer of last resort, but it can be so with the savings, investments and cheap imports from abroad, which themselves form part of the global economic problem.

Moreover, to settle its now enormous and ever growing foreign debt, the US may chose also to resort to in-flationary reduction of the burden to itself of that debt and its also ever growing foreign debt service. But even the latter could – in contrast to the above summarized previous period – not avoid generating a further super trade balance particularly if market demand falls further and pressure increases abroad to export to the US demand/er of last resort. But this time, there will be no capital inflows from abroad to rescue the US economy. On the contrary, the now downward pressure to devalue the US dollar against other currencies would spark a capital flight from the US, both from US Government bonds and from Wall Street where significant stock price declines generate further price declines and deflation in world terms even if the US attempts domestic inflation.

The price of oil is yet another fly in the political economic ointment, whose dimension and importance is inversely proportional to the health or illness of the ointment itself. And today that is quite sick and deteriorating already. The world price of oil has always been a two edged sword whose double cutting edges can be de-sharpened with the help of successful alternative economic and price policies. On the one hand, oil producing economies and states and their interests need a minimum price floor to produce and sell their oil instead of leaving it underground and also postponing further oil productive investment while waiting for better times. The US is a high cost oil producer. A high oil price is economically and politically essential also for important states like Russia, Iran and especially Saudi Arabia, as well as US oil interests. On the other hand, a low price of oil is good for oil importing countries, their consumers including oil consuming producers of other products, and supports state macro economic policy, e.g. in the US, where low oil prices are both good politics and good for the economy. These days, the high/low price line between the two seems to be around US\$ 20 a barrel – at the present value price of the dollar. But nobody seems to be able to rig the price of oil at that level. The present conflict, long since no longer within OPEC, is primarily between OPEC that now sells only about 30 to 40 percent of the world supply and other producers that supply 60 percent, today especially Russia but also including the US itself as both a significant producer and a

major market, although that is increasingly shifting to East Asia. Recession in both and the resultant decline in demand for oil drags its price downward. The US-strategies and wars against Afghanistan and Iraq are to gain as much control of oil as it can and for now to share as little of it as it must with Russia in Central Asia, Caspian Sea and Persian Gulf regions.

And that control, even if it cannot control the price of oil, is to be used as an important geo-political economic lever to manipulate against US oil import dependent allies in Europe and Japan and ultimately its strategic enemy in China.

For US Keynesian spending re-flation as well as in-flation can no longer put the floor under the price of oil needed today and tomorrow. No policy, but only recovery generated world market demand, and/or limitations in the supply of oil, can now provide a floor to and prevent a further fall in the price of oil and its deflationary pull on other prices. And further deflation in turn will increase the burden of the already vastly over-indebted US, Russian and East Asian, not to mention some European and Third World economies.

Thus the political economy of oil is likely to add to further deflationary pressure. That would – indeed already does – again significantly weaken oil export dependent Russia. But this time it would also weaken US oil interests and their partners abroad, especially in Saudi Arabia and the Persian Gulf. Indeed, the low price of oil during the 1990s has already transformed the Saudi economy from erstwhile boom to a bust. That has already generated middle class unemployment and a significant decline in income that has also already generated widespread dissatisfaction and now threatens to do so even more at precisely the time when the Saudi monarchy is already facing destabilizing generational transition problems of its own. Moreover a low oil price would also make new investment unattractive and postpone both new oil production and eliminate potential profits from laying new pipelines in Central Asia.

Indeed, there is an even more immediate urgent need for the US to control Iraqi oil reserves, the second largest in the region and the most under-drilled with a large capacity to increase oil production and drive down prices. But that is not all or even the heart of the matter. Many people were surprised when President Bush added Iran



and North Korea to his “axis of evil”. Though they may not be so surprised at American efforts to promote a coup and change of regime in Venezuela, which supplies about 15 percent of US imports. So what do these countries have in common, many people ask. Well, three of them have oil, but not North Korea. So what is its threat that puts it in Bush's axis? Surely not geography or alliances [Iraq and Iran were mortal enemies, and North Korea does not play ball in their league. The answer is simple and resolves not only that puzzle but what could otherwise appear as a rather confused and confusing US foreign policy: [1.] Iraq changed the pricing of its oil from dollars to Euros in 2000. [2] Iran threatens to do so. [3] North Korea has changed to deal only in Euros. [4] Venezuela has withdrawn some of its oil from dollar pricing and is instead swapping it for goods with other third world countries. Besides an old friend of mine, Venezuela's Fernando Mires at OPEC headquarters in Vienna proposed that all of OPEC should switch from pricing its oil in dollars to pricing it in Euros. Nothing else, no amount of terrorism, could be more threatening to the US; for any and all of that would pull all support out from under the dollar as oil importers would no longer buy dollars but instead Euros to buy their oil. Indeed they would want also to switch their reserves out of the dollar and into the Euro. Iraq already gained about 15 percent with its switch as the Euro rose against the dollar. And besides, the Arab oil states who now sell their oil for paper dollars would be unlikely to continue turning around and spending them again for US military hardware. It is this horrific scenario that US occupation of Iraq is designed to prevent, with Iran next in line. Curiously, this oil-dollar-euro “detail” is never mentioned by the US government or media. No wonder that major European states are opposed to Bush's Iraq policy, which is supported only by the UK, which is a North Sea oil producer itself. Simple how one little piece of incidental information can make the other pieces of the entire jig-saw puzzle fall into place!

All of these present problems and developments now threaten to [will?] pull the rug out from under US domestic and international political economy and finance. The only protection still available to the United States still derives from its long since and still only two pillars of the “NEW WORLD ORDER” established by President Bush father after “Bush's Gulf War” against Iraq and the dissolution of the Soviet Union in 1991. President Bush son is now trying to consolidate his father's new world order [no doubt with the latter still as a power behind the throne] beginning with the WAR

AGAINST AFGHANISTAN and threatening once again against Iraq, and the Bush-Putin effort now also to construct a US-Russian Entente – or its Axis.

The dollar pillar is now threatening to crumble, as it already did after the Vietnam War but has so far remained standing through three decades of remedial patch work. But as we have seen, the US is now running out of further economic remedies to maintain the dollar pillar upright. It's only protection would be to generate serious inflation in the short run by printing still more US dollars to service its debt, which would then undermine its strength and crack the dollar pillar and weaken the support it affords still more.

That would leave only the US military pillar to support US political economy and society. But it and reliance on it also entails dangers of its own. Visibly, that is the case for such as Iraq, Yugoslavia, and Afghanistan and of course all others who are thereby deliberately put on notice to play ball by US rules in its new world order on pain of eliciting the same fate for themselves. But the political blackmail to participate in the new world order on US terms also extends to US, especially NATO allies and Japan. It was so exercised in the Gulf War [other states paid US expenses so that the US made a net profit from that war], the US war against Yugoslavia in which NATO and its member states were cajoled to participate, and then by the War against Afghanistan as part of President Bush's new policy pronouncement. He used the early Cold War terminology of John Foster Dulles that “You are either with or against us”. But US reliance on this, the then only remaining, strategy of military political blackmail can also lead the US to bankruptcy as the failing dollar pillar fails to support it as well; and it can come also to entail US “OVERSTREETCH” in Paul Kennedy terms and “BLOWBACK” in CIA and Chalmers Johnson terms.

In summary and plain English, the US has only two assets left to rely on, both admittedly of world importance, but perhaps even so insufficient. They are the dollar and its military political assets. For the first, the economic chickens in the US Ponzi scheme pyramid of cards are now coming home to roost even in the United States itself.

The second pillar is now in use to prop up the new order the world over. Most importantly perhaps is the now proposed US/Russia entente against China instead of [or to achieve?] a US defense against a Russia/China [and India?] entente. The NATO War against Yugoslavia generated moves toward the latter, and the US War against Afghanistan promotes the former]. God/Allah forbid that any of these nor their Holy War against Islam blow us all up or provoke others to do so.

However that may be, US imperial political military blackmail may still blowback on the United States also, thus not out of strength but out of the weakness of a truly Paper Tiger. So who shows any strength? The Chinese Dragon!

### **Firey Dragon – China in East Asia**

That process, a financial and economic crisis erupted in East Asia in 1997 and brought evident relief to many observers in the West. As a result and misled by day-to-day press media reports and short term business and government analysis and policy, even “informed” public opinion in the West changed again. Now the former “East Asian Miracle” is said to have been no more than a mirage, a dream for some and a nightmare for others. The previously supposed explanations and sure-fire strategies of success are being abandoned again as quickly as they had come into fashion. We hear less about Asian values or guarantees from the magic of the market and no more security from state capitalism. So much the better I would say, since these supposed explanations and correct policies was never more than ideological shams anyway.

The historical evidence presented in this book shows that no one particular institutional form or political economic policy offers or accounts for success [nor failure] in the competitive and ever changing world market. The contemporary evidence shows the same. In that respect, Deng Xiaoping's famous aphorism is correct. The question is not whether cats are institutionally, let alone ideologically, black or white; the real world issue is whether or not they catch economic mice in competition with others in the world market. And that depends much less on the institutional color of the cat than it does on its opportune position in the world

economy at each particular place and time. And since the obstacles and opportunities in the competitive world market change over time and in place, to succeed the economic cat, no matter what its color, must adapt to these changes or fail to catch any mice at all. Among these different institutional forms including relations among state-finance- productive and sales organizations, perhaps the most attention and positive evaluation has been devoted abroad to those of Korea and then of Japan but also of Greater China including its vast network of overseas Chinese. But the very fact that they differ, and in Taiwan, Singapore, Malaysia, Indonesia and elsewhere as well, should already forewarn us against privileging one institutional form over all others.

At best and that is already very much, the evidence is that none of these institutional forms is necessarily an impediment or insurmountable obstacle to success on the domestic, regional and world market. Most noteworthy perhaps in view of the widespread Western propaganda about its own alleged virtues is the demonstrated fact that no Western model need or should be followed by Asians in Asia or even elsewhere.

The significance of position and flexible response in the world economy is particularly important during periods of economic crisis B phase that is in Chinese of [negative] danger and [positive] opportunity. In the present economic crisis so far, the focus has been far too predominantly on its undoubtedly serious negative consequences. But the opportunities it poses have received insufficient attention, except perhaps in the United States and China, both of which are seeking to reap competitive advantages from the political economic problems and alleged meltdown of Japan, Korea, and Southeast Asia.

But the dismissal of East Asian and particularly Chinese economic strengths and prospects may be premature and certainly is based on a shortsighted neglect of the historical evidence as presented in *ReORIENT* and further pursued in this book and on a serious misreading of the contemporary evidence. I believe that this latest quick dismissal of Asia is mistaken for the following reasons among others:

1. Since Asia and especially China was economically powerful in the world until relatively recently, and new scholarship now dates the decline as really beginning only in the second half of the nineteenth century, it is quite possible that it may soon be so again. Contrary to the Western mythology of the past century, Asian dominance in the world has so far been interrupted by an only relatively short period of only a century or at most a century and a half. The oft-alleged half century or more decline of China is purely mythological.

2. Chinese and other Asian economic success in the past was not based on Western ways; and much recent Asian economic success was not based on the Western model. Therefore, there is also no good reason why Japanese or other Asians need or should copy any Western or other model. Asians can manage their own ways and have no good reason to now replace them by Western ones as the alleged only way to get out of the present economic crisis. On the contrary, Asian reliance on other ways is strength and not a weakness.

3. The fact that the present crisis visibly spread from the financial sector to the productive one does not mean that the latter is fundamentally weak. On the contrary, the present crisis of overproduction and excess capacity is evidence of the underlying strength of the productive sector, which can recover. Indeed, it was excess capacity and productivity leading to over-production for the world market that initiated the financial crisis to begin with when Asian foreign exchange earnings on commercial account were no longer able to finance its service of the speculative short run debt.

4. Not that economic recession will or can be prevented in the future. They never have been prevented in the past even under state planning in China or the Soviet Union. More significant is that this is the first time in over a century that a world recession started not in the West and then moved eastward, but that instead it started in the East and then moved around the world from there. And that was precisely because as per #3 East Asian and particularly Japanese, Korean and then Chinese productive and export capacity had grown so much. This recession can therefore be read as evidence not so much of the temporary weakness as of the growing basic economic strength of East Asia to which the center of gravity of the world economy is now shifting back to where it had been before the Rise of the West.5. The recession in the productive

sector was short, especially in Korea and so far absent in China. But it was also severe, especially in Indonesia. And the shock-waves from the financial sector to the productive, consumer and political ones were visibly – and to all but the totally blind, intentionally – exacerbated by the economic shock policies imposed on Asian governments by the IMF as usual following the dictates of the U.S. Treasury, which systematically represents American financial interests at the expense of popular ones elsewhere around the world. The former World Bank Vice-President, member of the US President's Council of Economic advisers and now Nobel Prize laureate in economics, Joseph Stiglitz [2002], has given us an insider's view of these intentional events in his book “Globalization and its Discontents”.

That also permitted Western interests to take advantage of declines in productive and financial strength in Korea and elsewhere to buy up assets at bargain-basement fire-sale prices. Even so the underlying strength of the Korean economy was such that the foreigners were even then unable to alter the financial, productive, ownership and state structure significantly to their favor. The Korean productive and financial machine soon recovered again to forge ahead, but now with a costly lesson well learned. The lesson must have been learned elsewhere as well by comparing how relatively unscathed China and Malaysia [and as already mentioned for different reasons Korea] emerged from the financial crisis. They maintained controls over capital exports, compared to those countries that succumbed to the IMF and its lethal medicine by permitting a speculative capital outflow, which destroyed their productive apparatus and multiplied unemployment into an unbearable economic, social, and political problem, especially in Indonesia.

6. That underlying political economic strength also puts East Asia, and especially China, Japan and Korea in a much more favorable position than the rest of the Third World and even Russia and Eastern Europe to resist Western blackmail as it is now exercised by the U.S. Treasury Department through the International Monetary Fund, the World Bank, the World Trade Organization, Wall Street and other instruments.

7. The very act and cost of East Asian concessions to this Western pressure during the past recession makes it politically more likely, since it is economically possible, that East Asia will take measures, including especially a new financial bloc and banking

institutions, that can prevent a recurrence of the present situation in the future by escaping from the strangle-hold of Western controlled capital markets. Stiglitz observes such efforts already in his recent private discussions with Asian officials as reported in his book.

8. Indeed, one of the present battles, first by the Japanese and now also by the Chinese, is to remodel the world financial and trade institutions that were designed by the United States to work in its favor. Thus, Japan wanted to establish an Asian monetary fund to prevent the East Asian recession from deepening as it has thanks to the International Monetary Fund based in and subservient to Washington. And China wishes to join the World Trade Organization but also seeks to have this Western dominated institution reformed to its advantage.

9. A related political economic struggle is the competition between the United States and China to displace Japan, Korea and Southeast Asia in the market by taking advantage of their bankruptcies. American capital is buying up some East Asian productive facilities at bargain basement prices, while China is waiting for them either to be squeezed out of the competitive market altogether, and if not to engage in joint operations. Indeed it had been the devaluation of the Chinese currency before 1997 that reduced the world market share of other Asian economies and helped generate the financial crisis itself. Only time will tell which strategy will be more successful, but the Chinese and perhaps also some Southeast Asians seem like the better bet over the long term. Moreover, no matter how deep the recession in Japan; it is not for that eliminated as an economic power, especially in Asia. However, there is evidence that China is trying to reconstruct the East Asian trade and tribute system at whose center it was in the eighteenth and that the other colonial powers dismantled in the nineteenth century.

10. Equally significant is that India and to recently to a lesser extent China have remained substantially immune from the present recession, thanks in part to the inconvertibility of their renminbi and rupee currencies and the valve in their capital markets that permits the inflow but controls the outflow of capital. The currency devaluations of China's competitors elsewhere in East Asia and the reduced inflow into China of Overseas Chinese and Japanese capital that is negatively affected by the

recession in East Asia may oblige China to devalue again as well to remain competitive. Nonetheless and despite their serious economic problems, the Chinese and Japanese economies appear already to have and to continue to be able to become sufficiently productively and competitively strong to resist and overcome these problems. In Southeast Asia, Malaysia has successfully followed the Chinese model of opening its capital market to inflows but restricting especially speculative capital outflows from the same. Korea did not need such emergency measures, since it had received relatively little foreign capital to begin with.

11. It is noteworthy that the economically most dynamic regions of East Asia today are also still or again exactly the same ones as before 1800 and which survived into the nineteenth century.

1. In the South, Lingnan centered on the Hong Kong - Guangzhou corridor,
2. Fujian, still centered on Amoy/Xiamen and focusing on the Taiwan straits and all of Southeast Asia in the South China Sea; and between them,
3. The Yangtze Valley, centered on Shanghai and trade with Japan that is already taking the lead away again from the southern and northern regions.
4. But already then there was also a fourth economic region around the North China Sea, the quadrangular trade relations among Manchuria and elsewhere in Northeast China, Siberia/Russian Far East, [northern?] Japan and Korea, but also including Mongolia. Although the first three above-named regions are already again undergoing tremendous economic growth [and political power?] in the absolute sense, the fourth one around Korea seems to enjoy the greatest relative boom, and within it that of Korean capital as well. It is helping to develop resources in the Russian Far East and as far west as Central Asian Khazhakstan. The Chinese population on the Russian side of the Amur River has been estimated already to exceed 5 million people as a pool of cheap labor. Probable political change in the DRNK may well add a new source of cheap labor for this growing pool of labor in the Northeast Asian Region and for its Far East Russian also cheap base of ample metallurgical, forestry, agricultural and even petroleum resources. Korean and Japanese capital could make that a very attractive regional growth pole in itself and a highly competitive region on the world market.



All of these in turn were and still or again increasingly are important segments of world trade and of the global economy. In that sense also and although its story ends in 1800, the examination of the world economy and of the predominant place in it of the East Asian including Korean economies points to the most fundamental bases of contemporary economic developments in the region and also presages important world economic ones for the foreseeable future.